

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostschien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 17. Februar 1932 Nummer 40

Preußens „Eiserne Front“ deckt Faschisten!

SPD-Polizeischub für Hitler!

Unterdrückungsfeldzug gegen die KPD zum Schutze der Nazis . Parteihaus in Düsseldorf durch Gebering-Polizei befehlt
Neue Verbote von antifaschistischen Arbeiterdemonstrationen und Kundgebungen in Dresden, Leipzig, und Chemnitz!

Organisiert den Massenaufmarsch für Thälmann! SPD-Arbeiter, entscheidet euch!

Düsseldorf, den 17. Februar.

Schüren sprach Hitler in Düsseldorf. Die Arbeiterschaft ging in gewaltigen Massen zu Gegenkundgebungen auf die Straße. Unter dem Kommando des Zentrumspräsidenten Vehr wurde Gebering-Polizei hatte die ganze Stadt in ein Heerlager verwandelt. Bewaffnet mit Karabinern, Maschinengewehren und Tränengasbomben schützten sie die Hitlerfaschisten gegen die wütenden Arbeiter.

Gegen 21 Uhr wurde das gesamte Partei- und Bezugsgebäude der kommunistischen Partei durch die Polizei befehligt und alle im Parteihaus Anwesenden, auch die dort Beschäftigten, verhaftet.

Die Verlegung des Gebäudes und der umliegenden Straßen blieb die ganze Nacht ausrecht. Für die Kundgebung wurden Polizeifahrer für 5 bis 10 Mark ausgebeutet. Circa 500 elektrische Autos umfuhren die Halle. In zwei anderen Sälen wurde die gesamte SA-Formation aus ganz Südwestdeutschland aus Münster bis Frankfurt zusammengezogen worden, wozu der Transporte genehmigt waren. In der ganzen Stadt herrschte die größte Empörung. Kameraden des Kampfbundes organisierten in den Kneipen mit Reichsbannerarbeitern den Wachdienst in den Scheinwerfern. In einer Reihe von großen Betrieben wurden Streikaktionen gegen den Hitleraufmarsch und gegen die Verhaftung der hundertfachen Tote für die Kommunisten, gegen die Gebering- und Vehr angestrengt.

Dieses Massenaufgebot und der Sonderdienst der Polizei unter Führung des „Hortes der Eisernen Front“, für Hitler und seine SA-Kolonnen zeigt erneut die faschistische Rolle der Sozialdemokratie in grellem Lichte. Während die SPD-Presse die Arbeiterfront mit der Lösung „Schutz vor Hitler“ der Hindenburg-Front in die Arme zu treiben sucht, wird durch die „Eiserne Front“ in Preußen mit Karabinern und Maschinengewehren die Gewalt zum Schutze Hitlers und seiner SA-Kolonnen vor den empörten Arbeitern.

Die Düsseldorf Vorgänge reizen sich würdig dem Verbot der Nazis durch ein prominentes Mitglied der „Eisernen Front“ an. Herr Gejzinski, Vizepräsident, verbot das Zentralorgan der KPD deshalb, weil dessen schonungslos Kritik an den SPD- und KPD-Führern einen Angriff auf die Revolution darstellte. Die Sozialdemokrat Gejzinski mit allen Mitteln zu schützen hat. Ein Protesttag der KPD im Preußen Sonntag wurde gestern durch sozialdemokratischen Einbruch verhehelt. Allein in Preußen sind neben der roten Front jetzt die Nachrichten und das Rundfunk verboten!

Eine neue große Unterdrückungsoffensive der herrschenden Klasse gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und ihre Partei ist im Gange.

In Dresden plante der Kampfbund gegen den Faschismus für den 23. Februar eine Demonstration. Sie wurde verboten. In Chemnitz wird ein Verbot über eine Protestveranstaltung gegen den Mordüberfall auf den Arbeiter Scheffler verborgen.

In Leipzig hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Gejzinski die für den 21. Februar angekündigten Demonstrationen der roten Arbeiterfront verboten. Diese Demonstrationen zum Kampf für eine großen Kundgebung werden vom SPD-Polizeipräsidenten verboten, weil — andere Organisationen am gleichen Tage Kundgebungen veranstalten.

Die jetzt einziehenden Maßnahmen zeigen der gesamten Arbeiterschaft, um was es geht. Ein neuer Anschlag der herrschenden Klasse wird vorbereitet. Nach zuverlässigen Meldungen wird eine neue — die fünfte — Notverordnung vorbereitet, die einen weiteren Abbau der Erwerbslosenunterstützung, eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter vorsieht. Die Alarmierung der Massen, die Mobilisierung des Proletariats durch die kommunistische Partei, die einzige Arbeiterpartei Deutschlands, die Enttarnung der schändlichen Rolle der sozialdemokratischen Führer wird verhindert werden.

Aber der Kampfwille der Arbeiterschaft kann und wird durch den sozialdemokratischen Feind im Rücken nicht gebrochen werden können.

Im Kampf um Lohn und Brot finden sich die Bettledproleten unter revolutionärer Führung zusammen. Sozialdemokratische und Reichsbanner-Arbeiter stehen in einer Front mit ihren kom-

munistischen Klassenbrüdern gegen faschistischen Terror und gemeinsam marschieren die Erwerbslosen für die Forderungen auf — diesem Kampfwillen der Arbeiterschaft gibt die kommunistische Partei eine neue Grundlage durch Aufstellung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, des Führers im Klassenkampf der arbeitenden Massen gegen Hunger und Faschismus!

Antwortet auf den neuen Unterdrückungsfeldzug der Bourgeoisie durch Massengewinnung roter Wahlhelfer in allen Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Arbeiterquartieren!

Massenantwort an Kimpel und Konsorten!

Döfel spricht vor 1000 freitaler Arbeitern

Gestern fand im größten Saal Freital, in Reiffes Gasthof, im Stadteil Freital-Döhlen, eine von über 1000 Personen besuchte Massenkundgebung der kommunistischen Partei gegen die Hindenburg-Wels-Kimpel-Front statt. Mit kühnster Zustimmung wurden die Ausführungen des Genossen Siegel für den roten Kandidaten Ernst Thälmann angenommen. Dann appellierte der sozialdemokratische Arbeiter Wils Döfel an seine zahlreich erschienenen Parteigenossen, sich als Klassenbewusste Arbeiter für den roten Kandidaten Thälmann einzusetzen und erklärte:

„Meine Partei hat die Treue der Arbeiterklasse gebrochen. Uns als Klassenbewusste Arbeiter geht die Treue zur Klasse über die Treue zu dieser Partei!“

Tolender Beifall antwortete auf seine Ausführungen besonders aus den Reihen seiner Parteigenossen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die abrechnet mit dem Freitaler Hindenburgausflug, an dessen Spitze der sozialdemokratische Oberbürgermeister Kimpel steht, gegen das Verbot der Nazis durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Gejzinski scharfen Protest erhebt und auffordert, sich einzusetzen für den roten Präsidentschaftskandidaten. Alle gelobten, als rote Wahlhelfer mitzukämpfen für den proletarischen Klassenkandidaten Ernst Thälmann. 60 rote Wahlhelfer zeichneten sich ein drei Volkshelfer und ein KPD-Mitglied konnten gewonnen werden. Unter den Klängen der Internationale schloß diese wichtige Kundgebung im Zeichen der roten Einheitsfront. Das war die erste Antwort der Freitaler Arbeiter an die Hindenburgfront.

Karl Marx zur Präsidentschaftswahl

„Das Proletariat muß dafür sorgen, daß überall neben den bürgerlichen ... Kandidaten Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu bestreiten ist.“

Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen,

um ihre Selbständigkeit zu wahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteilichkeit vor die Öffentlichkeit zu bringen. Sie dürfen sich hierbei nicht durch die Redensarten ... bestechen lassen, wie z. B., dadurch spalte man ... und gebe der Reaktion die Möglichkeit zum Siege. Bei allen diesen Fragen kommt es schließlich darauf hinaus, daß das Proletariat geprellt werden soll.“

(Marx in der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten vom März 1850.)

Dresden, den 17. Februar.

Die Erklärung Hindenburgs, daß er die Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl annehmen werde, hat nun auch die faschistische SPD-Presse veranlaßt, ihre bisher gelübte Taktik des Schweigens aufzugeben und in die Hindenburgfront einzuschwenken.

Während der Vorwärts bereits am Sonntag verkündete, daß die SPD auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtete und zur Stimmabgabe für Hindenburg auffordern würde, verließen die sogenannten linken faschistischen SPD-Zeitungen trotzdem noch ihr Eintreten für Hindenburg vor den Arbeitern weiterhin zu verschleiern und zu verhüllen. Diese typisch „linke“ Erscheinung des Arbeiterbetrugs kommt besonders drastisch in der „Dresdner Volkszeitung“ zum Ausdruck.

Ausgehend von der Feststellung, daß der „Kampf“ der Hindenburg-Front gegen das Brüningkabinett dieser Reichspräsidentenwahl ihren besonderen Stempel aufdrückt, schlugfert die Dresdner Volkszeitung, daß dadurch „auch die Haltung der Sozialisten stark beeinflusst“ wird. In diesem Satz wird allen das ausgesprochen, was die Politik der SPD bewegt und bestimmt. Die Reichspräsidentenwahl ist für die Sozialdemokratie nicht eine entscheidende Frage des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, sondern des „Kampfes“ zwischen zwei Gruppen innerhalb der Bourgeoisie. Die Arbeiterklasse hat nach der Sozialdemokratie hier keine eigene Stellung einzunehmen, sondern zwischen dem „kleineren Uebel“ der Brüningregierung und Hindenburg und einer nationalsozialistischen Kandidatur Hitlers oder einer Stahlhelmkandidatur zu wählen. Das ist die Politik des „kleineren Übels“, die der Bourgeoisie und ihrer Brüningregierung ermöglicht hat, immer weitere faschistische Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchzuführen und diese immer tiefer in Not und Elend herabzudrücken, daß die Politik unter deren Flagge die reformistische Gewerkschaftsbürokratie den Streikbruch organisiert, sozialdemokratische Polizeipräsidenten Arbeiterzeitungen, Verammlungen und Demonstrationen verbieten. Die Politik des „kleineren Übels“, das ist die Politik der sozialdemokratischen Führer für die auch eine Regierung Hitler das „kleinere Uebel“ gegenüber der proletarischen Diktatur sein wird. Das ist die Politik einer Partei, die durch ihre enge Verbundenheit mit dem kapitalistischen System nicht in der Bourgeoisie, sondern in dem revolutionären Proletariat ihren Todfeind sieht. Diese Politik soll auch ausflaggen sein, bei der kommenden Reichspräsidentenwahl. Die Arbeiterschaft und besonders die von der Sozialdemokratie beeinflussten Arbeiter sollen dabei wieder vor den Karren der Bourgeoisie gespannt werden. Aus diesem Grunde gibt sich auch die Dresdner Volkszeitung die größte Mühe, die „Verfassungstreue“ Hindenburgs zu beweißen und ihn als „Kämpfer“ gegen den Faschismus leuchten zu lassen. Die Tatsache aber, daß gerade in den letzten Jahren des Regimes Hindenburgs